



Oliver Krischer

Mitglied des Deutschen Bundestages

Bündnis 90/Die Grünen

August 2012

Strompreise – Nicht die Erneuerbaren Energien sind schuld an den hohen Preisen

Ein Blick auf die Entwicklung der Strompreise für Privathaushalte in den letzten Jahren zeigt, dass nicht die Erneuerbaren Energien bzw. die EEG-Umlage (über die Wind-, Wasser-, Solar- und Biogasanlagen eine feste Vergütung für ihren erzeugten Strom erhalten) schuld an den gestiegenen Strompreisen sind. Während Strom für Privatverbraucher im Jahr 2000 durchschnittlich knapp 14 Cent/kWh kostete, hat sich der Preis heute auf über 26 Cent/kWh fast verdoppelt. Die EEG-Umlage beträgt aber derzeit nur 3,59 Cent/kWh und ist damit nicht einmal für ein Drittel der Kostensteigerungen der letzten 10 Jahre verantwortlich. Die wesentlich wichtigeren Ursachen sind gestiegene Kosten für Steinkohle und Gas. Vor allem sind aber auch in den letzten Jahren die Gewinne der vier großen Stromkonzerne explodiert. Nach einer Gewinn-Delle im letzten Jahr infolge des Atomausstiegs verdienen RWE, E.ON & Co. inzwischen mit dem Stromverkauf wieder prächtig.

Aber auch die EEG-Umlage selbst ist deutlich höher als sie sein müsste. Die zahlreichen und von der Bundesregierung in den letzten Jahren noch einmal erheblich ausgeweiteten (Teil-)Befreiungen der Industrie – und sachfremde Ausgaben – die gar nicht für die Förderung der Erneuerbaren Energien benötigt werden, verteilen die Kosten fast nur noch auf Privatverbraucher und kleine Unternehmen mit geringem Energieverbrauch, für die die Umlage dann steigt. Ähnliches gilt auch für die Netzentgelte – also den Preis für die Durchleitung des Stroms – von denen weite Teile der Industrie befreit sind. Ebenso zahlen viele Industriebetriebe keine oder eine verminderte Stromsteuer. Alles in allem summieren sich die Strom-Ausnahmetatbestände inzwischen auf 9 Mrd. Euro pro Jahr und stellen den größten, indirekten Subventionsposten in Deutschland dar.

Klar ist – Unternehmen mit hohen Energiekosten, die im internationalen Wettbewerb stehen – müssen von derartigen Sonderabgaben entlastet werden, sonst haben sie mit ihren Standorten in Deutschland keine Chance. Aber es kann nicht sein, dass die Ausnahmen immer weiter ausgedehnt werden, auch auf solche Unternehmen, die gar nicht im internationalen Wettbewerb stehen, wie z.B. die Zementindustrie, die Braunkohlegewinnung oder Rechenzentren. Hinzu kommt, dass die Kriterien für die Ausnahmen völlig uneinheitlich und intransparent sind. Wir brauchen endlich einheitliche Kriterien für die Industrie bei den verschiedenen (Teil-)Befreiungen und eine wirksame Kontrolle der Preisbildung.



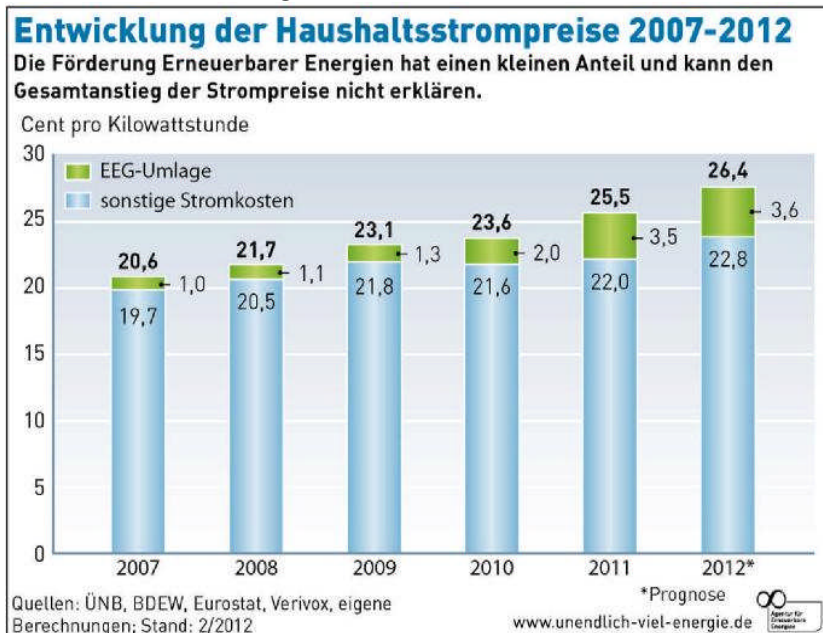
Oliver Krischer

Mitglied des Deutschen Bundestages

Bündnis 90/Die Grünen

Fakt ist: Auch ohne das EEG würden die Strompreise steigen!

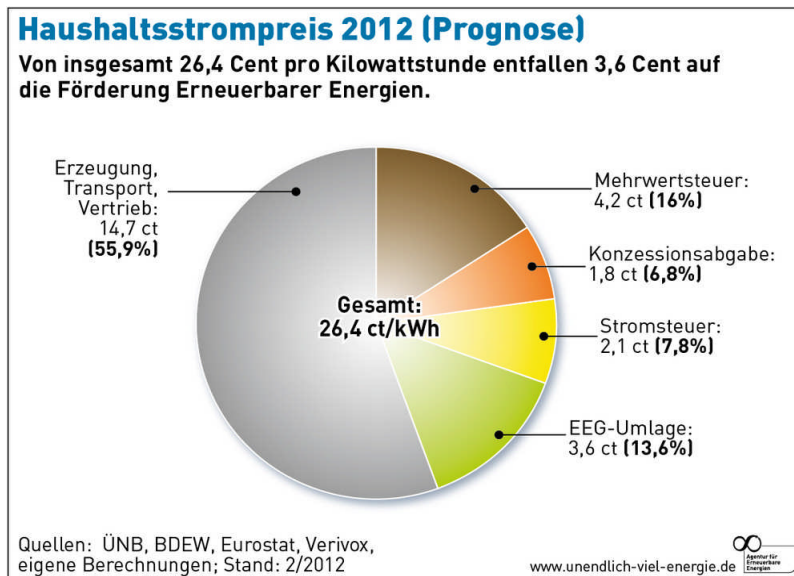
Union und FDP sowie die großen Stromkonzerne und Teile der Industrie wollen den Bürgern weißmachen, dass durch den Atomausstieg und dem steigenden Anteil der Erneuerbaren Energien die EEG-Umlage (Erneuerbaren-Energien-Gesetz = EEG) steigt.



Auch wenn klar ist, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht zum Nulltarif zu haben ist, tragen weniger die Erneuerbaren Energien zu den Preissteigerungen bei, sondern zahlreiche Ausnahmetatbestände und höhere Importkosten für fossile Energieträger, wie aus nebenstehender Grafik hervorgeht.

Derzeit bezahlt jeder Haushaltskunde 3,59 Cent/kWh EEG-Umlage. Der Gesamtpreis für eine Kilowatt-Stunde (kWh) liegt aktuell bei etwa 26,4 Cent/kWh.

Nebenstehende Grafik zeigt, dass somit nur ein Bruchteil des Gesamtstrompreises für den von der überwältigenden Mehrheit der Deutschen gewünschten Ausbaus der Erneuerbaren-Energien anfällt.



Es zeigt, dass mehr als die Hälfte des Strompreises etwa für Erzeugung, Transport und Vertrieb aufgewendet wird. Die Gewinne wandern in die Taschen der Stromkonzerne wie nachfolgende Grafik aufzeigt.

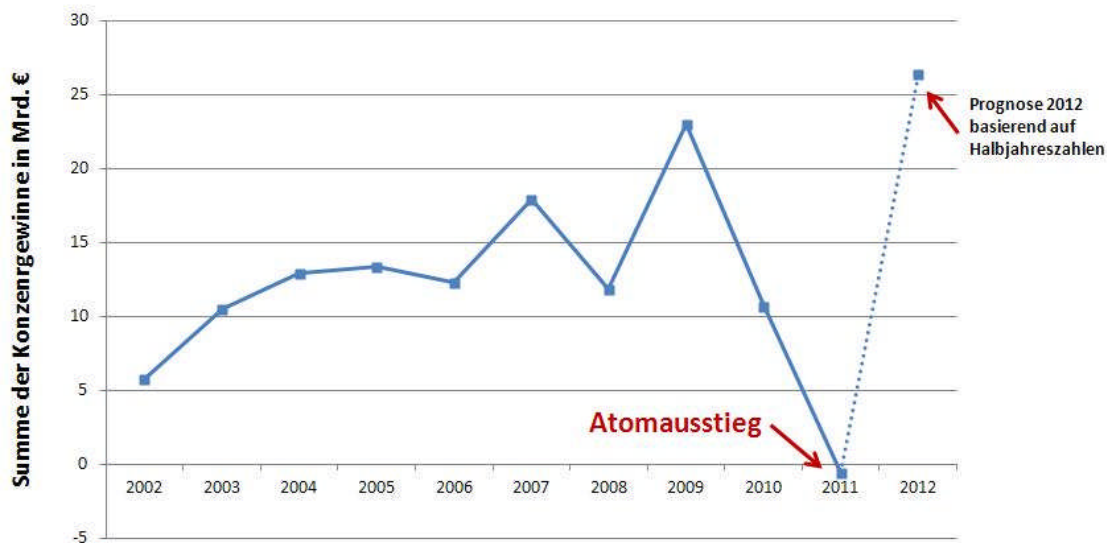


Oliver Krischer

Mitglied des Deutschen Bundestages

Bündnis 90/Die Grünen

Summe Konzerngewinne RWE, E.ON, EnBW



Fakt ist: Schwarz-Gelb hat absurde Befreiungen für die Industrie durchgesetzt!

Im Rahmen der Energiewende-Gesetze 2011 hat die Bundesregierung in einer Nacht-und-Nebel-Aktion vielen Industriebetrieben großzügige Vergünstigungen gewährt. Auf Kosten der Verbraucher und damit verbundenen höheren Kosten etwa bei der EEG-Umlage und der Stromsteuer sind die Strompreise für die Haushaltskunden damit unnötig teurer geworden. Bei der EEG-Umlage ist dies vor allem die sogenannte besondere Ausgleichsregelung, wonach besonders stromintensive Unternehmen eine erheblich geringere EEG-Umlage von 0,05 (statt 3,59) Cent/kWh bezahlen müssen. Mit den schwarz-gelben EEG-Novellen wurden der Verbrauchsgrenzwert – ab dem Unternehmen eine geringere Umlage bezahlen müssen – auf 1 GW pro Jahr abgesenkt. Der Anwendungsbereich der Ausgleichsregelung wird dadurch massiv ausgedehnt, denn nun können auch Unternehmen mit mittlerem Stromverbrauch in den Genuss der Privilegierung kommen. Doch die Verbraucher und kleineren Betriebe müssen deshalb mehr zahlen.

Hinzu kommen weitere Privilegien für die Industrie: So ist „Eigenstromerzeugung“ von der Zahlung der EEG-Umlage ausgenommen. Das heißt, ein Industriebetrieb, der seinen Strombedarf durch eigene Kraftwerke selber deckt, zahlt keine EEG-Umlage. Mit zum Teil fragwürdigen Eigentümerkonstruktionen an Kraftwerken entziehen sich so weitere Teile der Industrie der Zahlung der EEG-Umlage. **Würden alle Stromverbraucher gleich belastet und alle Ausnahmeregelungen abgeschafft, betrüge die EEG-Umlage derzeit nicht 3,59 sondern nur 2,39 Cent/kWh – also 30% weniger!** Am 15. Oktober jeden Jahres wird die EEG-Umlage für das kommende Jahr festgelegt. Nach ersten Schätzungen für das kommende Jahr wird sie auf etwa 5 Cent/kWh ansteigen. Ohne die zum Teil zusätzlichen und ungerechtfertigten Befreiungen der Industrie läge sie im kommenden Jahr jedoch lediglich bei 3 bis 3,5 Cent/kWh.

Es ist richtig und wichtig, Unternehmen die im internationalen Wettbewerb stehen und konkurrenzfähig sein müssen, Vergünstigungen beim Strompreis zukommen zu lassen. Doch es ist schlichtweg Niemandem zu erklären, warum z.B.



Oliver Krischer

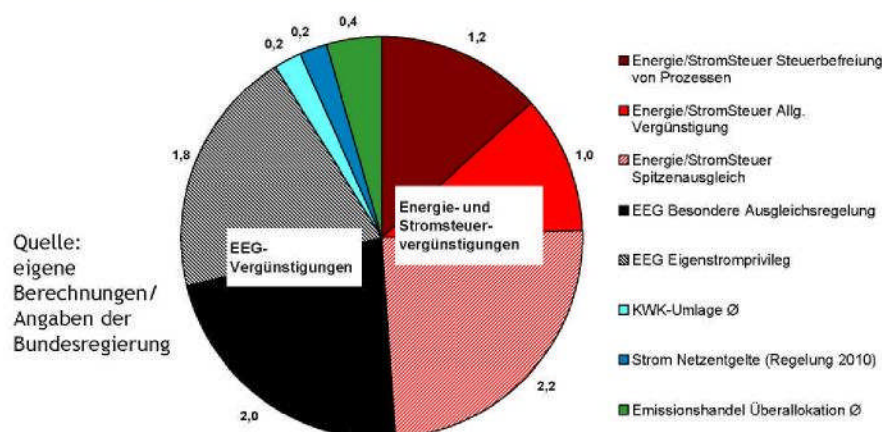
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bündnis 90/Die Grünen

große Teile der Braunkohleindustrie von der EEG-Umlage befreit sind. Sie stehen in keinsten Weise im internationalen Wettbewerb. Braunkohle ist für einen längeren Transport aufgrund des hohen Wasseranteils und damit schweren Gewichts völlig ungeeignet. Ob im Rheinischen Revier oder in der Lausitz – überall ist das Braunkohlekraftwerk nur wenige Kilometer vom Tagebau entfernt. Dennoch hat die Branche 2011 über 40 Mio. Euro an Vergünstigungen durch die schwarz-gelbe Bundesregierung von den BürgerInnen durch für sie höheren Umlagen geschenkt bekommen. Ähnliches gilt aber auch für die Befreiung der Zementindustrie oder von Rechenzentren. Dem Stromverbraucher teuer zu stehen kommt zudem die von Bundeswirtschaftsminister Rösler im letzten Jahr durchgesetzte Befreiung zahlreicher Industrieunternehmen von den Netzentgelten. Die dadurch hervorgerufene Einnahmelücke beträgt mehr als eine Milliarde Euro, die jetzt von Privathaushalten sowie kleineren und mittelständischen Unternehmen aufgebracht werden müssen. Allein für 2012 werden etwa 200 Unternehmen von den Netzentgelten befreit. Im Jahr 2010 waren durch die Vorgängerregelung lediglich 22 Unternehmen befreit. Doch Schwarz-Gelb hatte im vergangenen Sommer von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt durch eine Änderung in letzter Minute eine großzügige Ausnahmeregelung für Unternehmen geschaffen die mehr als 10 GW im Jahr verbrauchen. Eigentlich war die Regelung gedacht, um energieintensive Industrieunternehmen im internationalen Wettbewerb zu entlasten. Doch durch das unsaubere Handwerk von Union und FDP fallen unter diese Regelung nun auch Unternehmen wie etwa der Deutsche Wetterdienst oder verschiedene Rechenzentren im ganzen Land. Sie alle stehen jedoch in keinem internationalen Wettbewerb.

Vergünstigungen für die Industrie bei Energie- und Strompreisen

- Schätzungen für 2011: insgesamt rund 9 Mrd. Euro



Quelle:
eigene
Berechnungen/
Angaben der
Bundesregierung



GREEN BUDGET GERMANY
FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE
MARKTWIRTSCHAFT

7



Oliver Krischer

Mitglied des Deutschen Bundestages

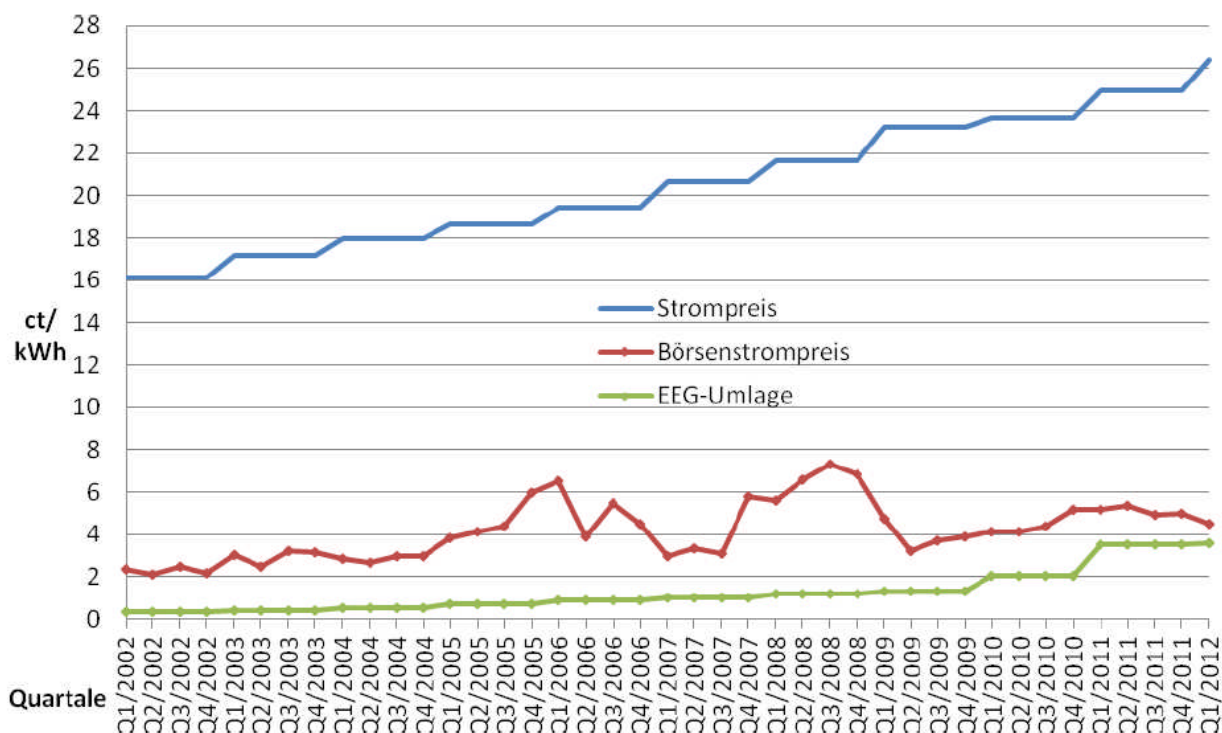
Bündnis 90/Die Grünen

Eine kürzlich veröffentlichte Studie¹ der FÖS und IZES kommt zum Ergebnis, dass die energieintensive Industrie durch (Teil-)Befreiungen bei der EEG-Umlage, Netzentgelten, Stromsteuer, EU-Emissionshandel, KWK-Umlage etc. im Jahr 2011 mit über 9 Mrd. Euro befreit wurden. Und das obwohl gerade die stromintensive Industrie durch den steigenden Anteil von Wind- und Solarstrom profitiert. Denn der Ökostrom senkt die Börsenpreise.

Fakt ist: Erneuerbare Energien senken den Börsenpreis!

Neben der EEG-Umlage ist der Börsenpreis für Strom ein entscheidender Faktor für die Haushaltspreise. Fakt ist, dass er sich seit einigen Jahren deutlich verringert hat, von 2008 bis heute um rund 3,5 Cent/kWh. Auch nach der Abschaltung von acht AKWs nach Fukushima ist der Börsenpreis weiter deutlich gesunken. Die EEG-Umlage ist im gleichen Zeitraum geringfügig gestiegen. Doch nachfolgende Grafik zeigt, dass der Strompreis im selben Zeitraum rasant angestiegen ist.

Entwicklung der EEG-Umlage, des Börsenstrom- und des Haushaltsstrompreises seit 2002



Den Preisvorteil haben die Energieversorger nicht an ihre Kunden weitergegeben, sondern als Zusatzgewinne in die eigene Tasche gesteckt. Das müsste dringend besser kontrolliert werden, doch Schwarz-Gelb lässt die Dinge laufen. Ein Teil des Preisrückgangs – und damit der Gewinne der Stromkonzerne – basiert dabei auf der zunehmenden Erzeugung erneuerbar erzeugten Stroms. Je mehr Ökostrom erzeugt wird, umso weniger teure Gas- und Kohlekraftwerke werden benötigt. Dieser „Merit-Order-Effekt“ summierte sich im Jahr 2009 auf insgesamt 3,1

¹ Siehe Studie ‚Strom- und Energiekosten der Industrie – Pauschale Vergünstigungen auf dem Prüfstand‘ im Auftrag von Greenpeace e.V. von Juni 2012. Abrufbar unter <http://www.foes.de/pdf/2012-06-14-FOES-IZES-Verguenstigungen-Industrie-lang.pdf>

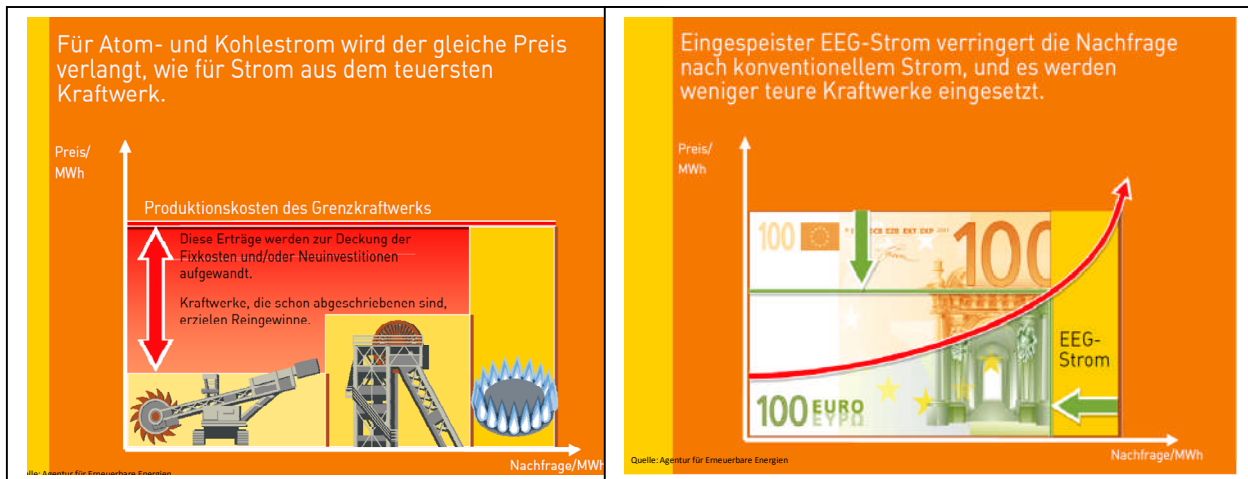


Oliver Krischer

Mitglied des Deutschen Bundestages

Bündnis 90/Die Grünen

Milliarden Euro. Dies entspricht einer Senkung des Strompreises durch das EEG von etwa 0,6 Cent/kWh. Auch für die Folgejahre wurden ähnliche Höhen ermittelt. In einer ehrlichen Berechnung müsste dieser Effekt von den EEG-Kosten abgezogen werden. Sie lägen dann nur bei maximal 3 Cent/kWh. Doch dies verschweigen die Gegner der Energiewende gerne.



Nicht zuletzt dank der Erneuerbaren Energien lagen die Börsenstrompreise nach Angaben des Bundesverbands der Deutschen Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) von Januar bis April 2012 um 13 Prozent unter denen des Vorjahres. Im Mai betrug die Preissenkung sogar über 30 Prozent. Würde dieser Preisvorteil von den Energieversorgern an die Verbraucher weitergegeben, wäre eine Senkung des Strompreises um rund 1 Cent/kWh möglich.

Fakt ist: Die EEG-Umlage wird mit Kosten belastet, die für den Ausbau der Erneuerbaren gar nicht erforderlich sind!

Nicht alle Kosten, die auf die EEG Umlage aufgeschlagen werden, dienen wirklich dem Ausbau der Erneuerbaren Energien. Zwei Beispiele:

Die von Schwarz-Gelb eingeführte Marktprämie: Sie soll Anlagenbetreiber dazu bringen, den eingespeisten Strom nicht vom Übertragungsnetzbetreiber sondern selbst an der Börse zu vermarkten. Da die Einspeisevergütung aber dennoch garantiert ist, nehmen viel Betreiber die Prämie von 1 Cent/kWh gerne mit. Für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und deren Integration in den Strommarkt bringt es aber gar nichts. Die EEG-Umlage wird unnötigerweise um eine halbe Milliarde Euro oder mehrere Zehntel Cent/kWh erhöht.

50,2-Hertz-Problematik: Jahrelang wurden auf ausdrückliches Verlangen der Netzbetreiber Photovoltaikanlagen so ausgestattet, dass sie sich bei Frequenzschwankungen automatisch abschalten. Jetzt stellt sich dieser Mechanismus als kontraproduktiv für die Netzstabilität heraus und die Anlagen müssen umgerüstet werden. Kostenpunkt wahrscheinlich mehrere hundert Millionen Euro. Doch statt die Netzbetreiber die Kosten selbst tragen, werden diese nach dem Willen der schwarz-gelben Bundesregierung zur Hälfte auf die EEG-Umlage und die Netznutzungsentgelte aufgeschlagen.



Oliver Krischer

Mitglied des Deutschen Bundestages

Bündnis 90/Die Grünen

Ökostrom ist nicht teuer – Vergleich Stromtarife

Stromanbieter	Strompreis
RWE Vertrieb AG	21,66 Cent/kWh
E.ON Bayern Vertrieb GmbH	21,65 Cent/kWh
Vattenfall Europe Sales GmbH	22,50 Cent/kWh
NaturEnergie+ Deutschland GmbH*	20,84 Cent/kWh
Grünwelt Energie (Stromio GmbH)*	20,23 Cent/kWh
Eprimo GmbH*	22,20 Cent/kWh
RheinEnergie Express GmbH*	22,03 Cent/kWh

* mit Zertifizierung (TÜV oder OK power)

➤ Recherche am 16.08.2012 für PLZ 40210 Düsseldorf und 4000kWh/Jahr